

Deutsche Rundschau

in Polen

früher Ostdeutsche Rundschau Bromberger Tageblatt

Bezugspreis: In Bromberg mit Bestellgeld monatlich 3 fl. In den Ausgabestellen monatl. 2,75 fl. Bei Postbezug monatl. 3,11 fl. Unter Streiband in Polen monatl. 5 fl. Danzig 3 Guld. Deutschland 2,5 Rentenmark. — Einzelnummer 20 Groschen. — Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Ausperrung hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — Fernruf Nr. 594 und 595.

Anzeigenpreis: Die 10 mm breite Kolonialzeile 20 Groschen, die 90 mm breite Reklamezeile 100 Grosch. Danzig 20 fl., 100 fl. Pt. Deutschland 20 bzw. 100 Goldpf., übriges Ausland 100 %. Aufschlag. — Bei Plattdruck und schwierigem Satz 50 % Aufschlag. — Abbestellung von Anzeigen nur schriftlich erbeten. — Öffertengebühr 50 Groschen. — Für das Erlösen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. Postcheckkonten: Stettin 1847, Posen 202157

Nr. 210.

Bromberg, Donnerstag den 11. September 1924.

48. Jahrg.

Heimat-Politik.

Die großen Tage von Genf sind vorüber. Die Kommissionen verhandeln noch über Abrüstung, Garantiekartell und Schiedsgericht, aber die schon zu Halbgöttern erhobenen Diktatoren Herriot und Macdonald sind abgereist. Sie haben ihre schönen Sprüche ausgesetzt und im wesentlichen doch nichts erreicht. Die Kluft des Misstrausens zwischen den Völkern ist noch immer so groß, daß man keine Brücke darüber spannen kann. Wer glaubt dem anderen, daß er gemeinsam mit ihm die Straße ziehen kann, an seiner Seite schlafen, trinken und essen, ohne daß jener ihn hinter Rücken überfällt oder Gift in den Becher schüttet, um ihn der Barthaft zu berauben? Gewiß, die Völker haben den Willen zum ewigen Frieden, aber sie kennen sich wenig, und ihr Vertrauen ist zu gering, damit dieser Wille zur Tat werden kann.

Manchmal will es uns dünken, als zähme man das Pferd am falschen Ende auf. Man will einen Völkerstaat gründen und überzeugt dabei die Notwendigkeit, daß zunächst die Eintracht zwischen Familien und Nachbarn erreicht werden muß. Man kann keinen Dachstuhl richten, wenn der Mörtel für die Grundmauern seinen Zweck nicht erfüllt. Alle großen Dinge werden zuerst in der Kleinsten Einheit vorausgeahnt und gebaut. Dieser Erfahrungssatz der Geschichte entspricht einem alten Naturgesetz, das kein phantastisch beglaubtes Gemüth verleugnen kann.

Der Weltpolitik stellen wir die Heimat-Politik voran. Wenn wir Brücken von Mensch zu Mensch, von Nachbar zu Nachbar bauen, haben wir mehr Gefahr, als wenn wir alle Weisheit und Logik zusammenraffen, um ein großes Traktat über den Völkerfrieden zu schreiben. In diesen Tagen sind uns die Kundgebungen unseres Staatspräfekten, die verheißungsvollen Worte unseres begabten Diktators, vor allem aber der Beschuß des Warschauer Ministerrates, der den Deutschen in Polen den ersten Anfang zur Mitbestimmung ihres Schicksals gibt, mehr als die schwungvollen Reden, die in Genf gewechselt sind. Wir haben an dieser Stelle schon oft betont, daß die Deutschen und mit Freuden die dargebotene Hand ergreifen da unsere Korrektheit durch Freundschaft erleben, wenn man ehrlich will. Seit einem Jahrtausend leben Deutsche und Poles auf diesem Stück Erde zusammen. Stets ging es dem polnischen Staate gut, wenn er den Deutschen nicht als Feinde sondern als Brüder betrachtete; stets war seine Freiheit bedroht, wenn sich Hah und Begierde aufmachten, um diesen Frieden zu stören. Im Grunde genommen ist es so einfach, die Streitkraft zu begraben. Man hat der deutschen Herrschaft den Mangel an Güte nachgefragt; wir haben uns heute über ein Übermaß dieser edlen Seelenregung gewünscht zu beklagen. Der einzelne Pole kann mit dem einzelnen Deutschen schon auskommen, aber die Nationen stehen noch immer im Völkerkrieg, weil es wahnähnliche Gesetze gibt, die es zu einem großen Ausgleich nicht kommen lassen. Wer mälzt den Stein von diesem großen Grab der Schuld, damit der Friede der Bürger, das Wohl der Wirtschaft und der edle Wettkampf der Kulturen als Heiland unserer Heimat sein Auferstehungsfest seien kann?

Die Deutschen in Polen stehen ohne Unterschied des Standes und des Glaubens hinter ihren selbstgewählten Führern, die selbst in der Zeit des schwersten Abwehrkampfes, der noch immer kein Ende hat, ihren guten Willen zur Einigung betont haben. Die Deutschen in Polen, von ihrem slawischen Nachbarn in dieses Land gerufen, nachdem es schon vorher von germanischen Stämmen besiedelt war, haben zu keiner Zeit Frieden getrieben, sondern nur durch mühsame Arbeit der heimatlichen Scholle gedient und damit das Beste des Landes gefördert. Wer sie bedrückt, macht sie zu Feinden wider ihren Willen; wer sie achtet, erlangt reichen Gewinn.

Wir betteln nicht um der anderen Liebe. Wir sind keine Dirnen, die ihren höchsten Wert fortwerfen. Wir wollen, daß zwischen den Nachbarn — sei es auch nur aus Vernunftgründen — ein echter Bund geschlossen wird, in dem der eine den anderen nicht zu verachten braucht. Die nächsten Wochen und Monate werden uns Klarheit darüber bringen, wie man im anderen Lager über diese Einigkeit denkt, und ob man die dunklen Kräfte zu meistern vermag, die ihr im Wege stehen. „Zwischen uns Menschen“, sagt Dohmel, ist das Wasser fast immer so tief, daß wir nicht ineinander kommen können; aber außenher strahlt über dem dunklen Meer ein vorher nie gesehener Stern auf, der uns das andere Ufer zeigt, und uns den Willen und die Kraft gibt, hinüber und zusammen zu kommen.“

Ist dieser liegelehene Stern bereits an unserem Himmel aufgegangen? Wir wissen es nicht. Wir wissen nur, daß er einmal den Weisen in unserem Osteuropa Richtung geben muß, soll unsere Heimat nicht verloren gehen. Wer aber will den Untergang der Heimat? Wir Deutschen wollen ihn nicht! Möge der Staat ansehen, daß das Wohl unserer Heimat nicht Schaden leidet!

Freundliche Worte für das Deutschland in Polen.

Ministerpräsident Grabski über die innen- und außenpolitische Lage.

Ein Mitarbeiter des „Neuen Wiener Journals“ hatte, polnischen Meldungen aus folge, kürzlich eine einflussreiche Unterredung mit dem Ministerpräsidenten Grabski. Die Unterredung fand in französischer Sprache statt, die der Ministerpräsident besser beherrscht, als die deutsche, trotzdem er mehrere Jahre lang auf Universitäten Deutschlands studiert hat.

Münn, so heißt dieser Mitarbeiter, lenkte die Aufmerksamkeit des Ministerpräsidenten auf die Stagnation in der Industrie in Łódź, das er bei seiner Durchreise nach Warschau berührte, und erhielt von Grabski folgende Antwort:

„Die Lage der polnischen Industrie

ist ernst, aber nicht verzweifelt. Wenn es unter einer Bevölkerung von 30 Millionen nur 145 000 Arbeitslose gibt, so ist das immer noch kein so schlechtes Verhältnis. Die

direkten Steuern liegen in größerem Umfang ein, als zu irgend einer anderen Zeit. Unsere Krise hat entweder lokalen Charakter oder sie ergibt sich aus der allgemeinen Lage in Europa. Die Industrie leidet, denn es ist schwer, für sie Kredit zu beschaffen. Doch dieselbe Beobachtung können wir in Deutschland und auch in Österreich machen. Die Lage wird dadurch verschärft, daß uns die russischen Absatzmärkte verschlossen sind, obgleich diese Schäden teilweise durch den Export aus dem ehemaligen Kongresspolen nach Großpolen und Galizien ausgeglichen werden. Übrigens spiegelt sich jede Veränderung in der deutschen Industrie sofort auf unserem Markt wider.

Auf die politische Lage eingehend, sagte Grabski, daß die Polen keine Anhänger einer großen Macht seien. Wir müssen jedoch eine große Armee unterhalten, die uns viele Kosten verursacht. Doch diese Armee muß auf der Wacht unserer bedrohten Grenzen stehen. Es wäre ein Wahnsinn, wollten wir eine imperialistische Politik führen.

Polen hat genug Land;

es ist nur nötig, daß wir inneren Reichtum entsprechend verwerten. Wir müssen, so fuhr der Ministerpräsident fort, auch unsere nichtpolnischen Elemente verdauen. Die Minderheitenprobleme regeln wir im Sinne des Völkerbundes von selbst. Und vielfach überschreiten wir die uns nach dieser Richtung hin vorgeschriebenen Linien. Den Ukrainer geben wir eine Universität in Krakau, und

auch unseren Untertanen deutscher Nationalität wollen wir auf das loyalste entgegenkommen.

Die strittigen Fragen haben wir dem internationalen Schiedsgericht im Haag übergeben, und dies ist ein Beweis dafür, in wie hohem Grade es uns an guten Beziehungen mit den Deutschen liegt.

(Anm. der Schriftleitung: Die bekannten Prozesse, die vor dem Haager Gerichtshof ausgetragen wurden und am 10. bzw. 15. September 1923 zu den bekannten Gutachten führten, die den Standpunkt der deutschen Minderheit — im Gegensatz zu späteren Entscheidungen des Völkerbundes — restlos anerkannten, wurden bekanntlich durch die Initiative des Völkerbundes durchgeführt, dessen Kampfes in dieser Angelegenheit von der polnischen Regierung bestiglich bestritten wurde. Auch die Haager Gutachten, die zunächst diese Kompetenz einwandfrei feststellten, wurden von der polnischen Delegation in Genf nicht angenommen. Welche Streitfälle mit den Deutschen in Polen hat also die Warschauer Regierung dem Haager Gerichtshof noch unterbreitet und wann ist das geschehen? Wir sind in dieser Beziehung völlig ahnungslos und durch die Erklärung unseres Ministerpräsidenten außerordentlich überrascht.)

Auf die Krise in der Industrie zurückkommend, meinte Grabski: Die Warenpreise sind noch nicht gebrüggt gesunken. Die Industriellen müssen ihre Produktionskosten verringern, und die Geschäftsfleute müssen sich mit einem niedrigeren Gewinn aufzuhören geben. Dieser peinliche Zustand wird jedoch noch lange andauern. In dieser Beziehung gebe ich mich keinen Illusionen hin. In Oberschlesien werden wir wieder den achtstündigen Arbeitstag einführen, so bald sich auch Deutschland hierzu verstehen wird.

Zum Schluß berührte der Ministerpräsident die jüdische Frage. Er fragte: Diese Frage ist unser größtes Schmerzenskind. Es kann sein, daß, sofern in Rußland normale Verhältnisse wiederkehren, von den 2½ Millionen Juden, die gegenwärtig in Polen leben, ein Teil nach Rußland zurückkehrt. Wir würden ihnen dazu mit vollem Herzen helfen, denn dies wäre für uns eine große Entlastung. Für die Landwirtschaft sind die Juden nicht geeignet.

Der polnische Ehrengesetz.

Eine neue Friedensrede des Staatspräsidenten.

Lemberg, 9. September. Am Sonntag begab sich der Staatspräsident in Begleitung des italienischen Militärratschefs Obersten Cavaldi und des Posenwoden Bierny nach Bloczow zur Einweihung der neuen Fahne des 52. Infanterieregiments, das vor sechs Jahren im Konzentrationslager in Italien gebildet wurde. Unterwegs hielt der Zug 10 Minuten in Krassno, wo der Präsident unter nicht enden wollenden Hochrufen der versammelten Volksmenge, die auf dem Perron aufgestellten Delegationen begrüßte. In Bloczow nahm der Präsident auf dem Bahnhofe, nachdem die Klänge der Nationalhymne verzaubert waren, die Meldung des Stadtkommandanten entgegen, worauf er sich mit seinem Gefolge in die Stadt begab. Nach Aufführung einer vom Erzbischof Gall zelebrierten Feldmesse überreichte der Vorsitzende des Hahnenkomitees Gawlikowski mit einer kurzen Ansprache dem Präsidenten die Fahne des 52. Regiments, die dieser dem Regimentskommandeur mit einer Ansprache einhändigte. Diese Fahne soll ein Wahrzeichen Eurer Wallfahrt aus Italien nach Polen und Eurer Kriegsleiden sein. Die Republik legt sie in treue und brave Hände und zweift nicht daran, daß das 52. Regiment seine Fahne stets tren unter der Devise „Ehre und Vaterland über alles“ tragen wird. Die Fahne gehört dem Regiment, niemals soll sie des Feindes Hand besitzen.“

Nachdem das ganze Regiment den Eid auf die neue Fahne geleistet hatte, wurde sie gegen die alte Fahne ausgetauscht. Um 1 Uhr mittags begab sich der Präsident zum Rathause, wo er den Vorbezug der Truppen entgegennahm, als dann zu dem Hause der Sokols, wo ihm Abordnungen der Geistlichkeit sämtlicher Konfessionen empfingen. Hier ersehnte der Ortsrabbiner dem Präsidenten seinen Segen. Unter den gehaltenen Ansprachen wurde die des Vertreters der ukrainischen Bauernschaft viel bemerkt, der die Versicherung abgab, daß die kranische Bevölkerung zusammen mit allen Kindern des gemeinsamen Vaterlandes in Frieden und Eintracht leben wolle zum Wohle eines gemeinsamen, großen und starken Vaterlandes. Alle feindlichen und unloyalen Gefühle seien der ukrainischen Bevöl-

Der Zloty (Gulden) am 10. September

(Börsenlicher Stand um 10 Uhr vormittags).

Danzig:	1 Dollar —	5,23 Zloty
	100 Zloty —	107½ Gulden
Warschau:	1 Dollar —	5,21 Zloty
	1 Danz. Guld. —	0,93½ Zloty

Rentenmarkt . . . — 1,27½ Zloty

runig fremd. In seiner Dankesrede an die Versammlten erklärte der Präsident die Zeit des Friedens als gekommen. Die ganze Bevölkerung des Landes ist von dem Wunsche nach friedlicher Arbeit und nach Heilung der Wunden erfüllt, die der Krieg geschlagen hat, sowie nach der Beseitigung aller Missstimmigkeiten, auf daß der Wohlstand allenfalls als Grundlage eines weiteren Kulturfortschritts erblühe.

„Ich kann Sie versichern“, fuhr der Präsident fort, „daß alles das, was in der polnischen Konstitution geschrieben steht, auch erfüllt wird. Es ist der Ehrengesetz Polens, alle Bürger ohne Rücksicht auf Konfession und Nationalität zu freien zu machen. Ich will jeden von Ihnen als einen loyalen Mitarbeiter an dem Werke sehen, das die ganze von jahrelangen Kriegsstürmen erschöppte Bevölkerung erkennt. Die polnische Regierung wird stets gewissenhaft über die Ausführung aller Punkte der Verfassung in ihren geringsten Einzelheiten wachen und wird all ihre Mittel gegen die anwendet, die friedlicher Arbeit ablehnen. Eigenvorwissen und Blutvergießen auf ihr Programm gesetzt haben. Ich zweifle nicht, daß alle anstandslos verfehlten werden, daß die Seiten der Stärke vorüber und die Seiten eines friedlichen Zusammenlebens gekommen sind. Heute gibt es nur eine Lösung: Frieden.“

Nach einem zu Ehren des Präsidenten veranstalteten Frühstück begab sich dieser in die Kaserne des 12. Feldartillerieregiments, wo er in der Kantine an dem Mannschaftsessen teilnahm.

Die eifrigen Dunkelmänner.

Während der Staatspräsident Wojciechowski in seinen letzten Reden wiederholt betonte, man müsse dafür Sorge tragen, daß sich alle Bürger ohne Unterschied des Bekanntheits und Nationalität in Polen wohl fühlen, daß die polnische Regierung gegen alle diejenigen energisch austreten werde, die eine friedliche Zusammenarbeit ablehnen, reiten die Organe des polnischen Westmarkenvereins, der „Kurier Poznański“ und der „Dziennik Poznański“ eine formelle Attacke gegen die Zentralregierung, der man den Vorwurf macht, daß sie, ohne die Meinung dieser Organe gehört zu haben, gegenüber der deutschen Minderheit einen neuen Kurs einzuschlagen beabsichtige.

Der „Dziennik Poznański“ findet es merkwürdig, daß die Polnische Telegraphen-Agentur den letzten Besluß des Ministerrates bezüglich der Einführung einer neuen Methode bei der Liquidierung deutschen Besitzes allen anderen Blättern übermittelt, die Posener Presse dabei jedoch übergegangen habe. Die Posener polnischen Zeitungen hätten dieses Communiqué erst aus den Blättern der Hauptstadt erfahren, und dies rechtfertige die Mutmaßung, daß die Umgehung der Posener Presse mit Absicht geschehen sei und daß es den Zentralbehörden daran gelegen habe, diese Mitteilung der prokopolischen Gemeinschaft vorzuenthalten. Das Blatt steht auf dem Standpunkte, daß Polen mit aller Entscheidlichkeit von dem ihm auf Grund des Verfaßter Traktats aufstehenden Rechten Gebrauch machen könnte und auch hätte Gebrauch machen müssen, und zwar aus eigener Initiative die Optanten ausweisen und das Vermögen deutscher Staatsangehöriger liquidieren, denn dies sei die grundsätzliche Bedingung für die Annahme normaler Verhältnisse mit den Staatsbürgern deutscher Nationalität. Polen habe in seinen Rechten große Verluste erlitten, doch man müsse sich damit abfinden. Um des lieben Friedens willen habe Polen den deutschen Ansiedlern, die von ihrem Besitz entfernt wurden, eine Entschädigung gegeben, den Optanten die Frist für die Auswanderung aus Polen verlängert und entsprechend dem Schiedsspruch des Prof. Mackenew eine große Anzahl Deutscher als polnische Staatsangehörige anerkannt, die man bisher als reichsdeutsche Untertanen ansah und ihnen einen großen Landkomplex hergaben. Dies sei, nach Ansicht des „Dziennik Poznański“, ein Niederlage, doch jetzt könne man wenigstens sagen, daß man mit diesem Verlust endlich die strittigen Fragen beigelegt habe, daß die Rechte Polens außer jedem Zweifel stehen, und daß man jetzt auf Grund des Traktates und des Schiedsspruches die deutschen Staatsangehörigen entfernen müsse, um auf diese Weise ein normales Zusammenleben mit den Bürgern deutscher Nationalität zu ermöglichen. Der „Dziennik“ ist der Meinung, daß vor dem Besluß des Ministerrates weder der Posener noch der Pommereller Wojewode gehörten worden sei und betont, daß die polnische Gemeinschaft der Westgebiete die Fragen dieses Teilstaates nicht vom Geschäftspunkte partikularistischer Interessen betrachte, wie ihr dies von den Warschauer Germanophilen vorgeworfen werde. Dieser polnischen Gemeinschaft steht nichts ferneres, als eine antideutsche Haltung. Aber sie kennt die hiesigen Verhältnisse besser als die gegenwärtige Regierung, die sie kritiklos durch die Augengläser der deutschen Klagen betrachte, weder der Gemeinschaft noch den eigenen Organen vertrauend. Wir möchten, so schließt das Blatt, einen gerechten und freundschaftlichen modus vivendi mit den deutschen Bürgern, werden dies aber nicht durch Verordnungen erreichen, die einen schweren Irrtum (?) darstellen, die dem Ansehen der Behörden Abbruch tun und meritorisch vollkommen falsch sind.

Der „Kurier Poznański“ bezeichnet in der Fortsetzung der angekündigten Artikelreihe den Besluß des Ministerrates als ein Präsent für die Deutschen, mit dem Großpolen nicht einverstanden sein könne. Die Zentralregierung habe den Deutschen aus eigener Machtvolkommenheit Zugeständnisse gemacht, ohne die maßgebenden Faktoren unseres Teilstaates gehört zu haben. Das Blatt

meint, daß man diese Art Behandlung der deutschen Frage nicht beim richtigen Namen nennen könne; sie habe jedoch mit dem Gefühl des Stolzes und der Würde nichts gemein. Der Beschuß des Ministerrats in dieser Angelegenheit sei ein Beweis für den tiefen Misstrauens, der zwischen den großpolnischen Gemeinschaft und den Zentralbehörden besteht. Doch was nützt es, so schließt das Blatt, wenn Großpolen, das abschließlich nicht gefragt wurde, zu dieser Frage Stellung nimmt? Vielleicht liegt es an dem Mangel an diplomatischer Erziehung? Wir nehmen diesen Vorwurf gern hin, wenn wir auch Gefahr laufen sollten, daß die polnische Regierung in Zukunft in deutschen Fragen ausschließlich die Meinung des Deutschtumsbundes einholte.

Genfer Tagesbericht.

Minderheitenfragen vor dem Völkerbundrat.

Genf, 9. September. PAT. In der heutigen Sitzung der Völkerbundession ergriff während der Diskussion über die Ausrüstung der ungarische Delegierte Apponyi das Wort, der betonte, daß die Bestimmungen des Minderheitenvertrags durchgeführt werden müssten. Es bestände leider bis heute die formelle Forderung, nach welcher die Beschwerden der Minderheiten lediglich auf Wunsch eines der Mitglieder des Rats behandelt werden könnten. Der ungarische Delegierte gab seinem Wunsche dahin Ausdruck, daß in Zukunft der Rat die Beschwerden der Minderheiten auch in dem Falle entgegennehmen solle, wenn die Erledigung dieser Beschwerden für ihn mit Rücksicht auf das im Rat vertretene Volk unangenehm wäre.

Die Ausrüstungsdebatte.

Genf, 9. September. PAT. In der Fortsetzung seiner Ausführungen wies der Ungar Apponyi darauf hin, daß das Abkommen von Trianon Ungarn eine einseitige Verpflichtung zur Ausrüstung auferlegt habe, gleichzeitig jedoch seien bei der Unterzeichnung dieses Abkommens die selben Versprechungen in bezug auf eine allgemeine Ausrüstung gemacht worden. Es sei daher nicht zu ertragen, daß heute alle anderen Völker sich bezüglich ihrer Rüstungen noch in der Vorkriegszeit befinden.

In einer Beratung der Vertreter der Kleinen Entente wurde beschlossen, auf die Ausführungen des ungarischen Delegierten Apponyi nicht zu antworten. Dieser Wunsch erscheint durchaus verständlich.

Die Wilnafrage.

Genf, 9. September. PAT. Der litauische Ministerpräsident, Galwanianuska, schritt in seiner gestrigen Ansprache vor dem Völkerbundrat auch die Wilnafrage an. Er betonte, Litauen habe noch nicht die Hoffnung verloren, daß die Erledigung dieser Frage im Sinne der Gerechtigkeit erfolgen werde. Der Redner wies auf das von der litauischen Regierung gestellte Erfuchen hin, daß man an den ständigen Internationalen Gerichtshof im Haag appellieren soll, ob der Völkerbundrat in der Wilnafrage zuständig sei.

Litauen und Polen.

Kowno, 8. September. (Pat.) Der Außenminister Czarnecki gewährte dem Vertreter der "Etny" eine Unterredung, in welcher er erklärte, daß die internationale Situation Litauens vollständig klar und konföldert sei. Im besonderen unterstrich Minister Czarnecki die guten Beziehungen zwischen Litauen zu den baltischen Staaten, die in der Kownoer Konferenz begonnen haben. Er erklärte, daß die Hoffnung bestehe, daß auch jetzt zwischen den Westmächten und Litauen eine Einigung erzielt würde. Mit England, das besondere Interessen für die Entwicklung des wirtschaftlichen Lebens in Litauen zeige, würden normale diplomatische Beziehungen angeknüpft. In Frankreich beginnt man, kritisch auf die Beziehungen zwischen Litauen und Polen zu blicken. Man sagt an, einzusehen, daß bei der Erledigung der Wilnaer Frage Litauen ein Unrecht zugefügt wurde, das durch die Erhaltung des Friedens im Osten wieder gut gemacht werden muß.

Die Sache Wilnas figuriert in der Tagesordnung des Völkerbundes nicht. Eingebracht wurden nur zwei Anträge rechtlicher Natur.

Die Beziehungen zwischen Litauen und Polen — so erklärt Minister Czarnecki weiter — werden von der Erledigung der Wilnaer Angelegenheit abhängen und Litauen ist davon überzeugt, daß die Angelegenheit im günstigen Sinne für Litauen entschieden werden wird. Solange nicht normale diplomatische Beziehungen mit Polen hergestellt werden, kann von einer Eisenbahnverbindung, die Lettland in letzter Zeit anstrebt (dem es hauptsächlich um Erneuerung des Eisenbahnverkehrs auf der Linie Libava-Romny geht), nicht die Rede sein.

Minister Czarnecki nimmt nicht an, daß Lettland im Sinne dieser Angelegenheit bei dem Völkerbund vorstellig geworden sei. Dieser Schritt könnte als eine Unfreundlichkeit gegen Litauen angesehen werden. Mit Deutschland hat Litauen mehrere wirtschaftliche Verträge abgeschlossen.

Lettische Demonstrationen gegen den Krieg.

Riga, 9. September. PAT. Wie die "Latvia" mitteilt, haben die lettischen Sozialisten auf Ersuchen der Amsterdamer Berufssverbände beschlossen, am 21. September eine Demonstration gegen den Krieg zu veranstalten. An diesem Tage sollen in allen Städten und Dörfern Lettlands Umzüge stattfinden und Vorträge gehalten werden. Im Anschluß an diese Meldung schreibt die "Latvia", daß die Demonstration der Sozialisten lediglich Propaganda für die sozialistische Internationale machen werde, die gleichfalls eine Demonstration gegen den Krieg veranstalte, in Wirklichkeit aber mit allen Kräften einen Weltkrieg hervorrufen werde. Die Zeitung appelliert an sämtliche nationalen Kreise Lettlands, daß sie an diesem Tage eine Gegendemonstration gegen die kommunistische Internationale und die Rüstungen Sowjetrusslands veranstalten sollen.

Geringe Aussichten auf russisch-französische Verhandlungen.

Moskau, 9. September. Die wachsende Opposition massgebender englischer Kreise gegen den russisch-englischen Vertrag ist auch auf die Stellungnahme Frankreichs nicht ohne Einfluß geblieben. Nach den in Moskau vorliegenden Meliorungen verharren die französischen Industriellen, trotz der gegenseitigen Bemühungen des Senators de Montrouge, auf dem Standpunkt, daß Verhandlungen mit Russland erst aufgenommen werden sollen, nachdem eine Vereinbarung zwischen der Sowjetregierung und den englischen Gläubigern zustande gekommen ist. Ihrerseits verbietet die Sowjetregierung bei der Ansicht, daß Verhandlungen mit Frankreich nur aufzunehmen sind, wenn die französische Re-

gierung den Sowjetbund de jure anerkannt hat. In Moskauer politischen Kreisen wird infolgedessen die Zukunft der russisch-französischen Beziehungen jetzt wieder pessimistisch betrachtet; die Hoffnungen, die der Sowjetbund auf Herrscher setzte, hätten sich in keiner Weise bewährt.

Moskau und China.

Moskau, 8. September. Moskau verfolgt, wie der Osterpress meldet, die Ereignisse in China mit besonderer Unruhe. Die Regierungskreise sind der Meinung, daß sich die Sowjetregierung angehört der grandiosen Ereignisse in China nicht mehr teilnahmslos zum chinesischen Volke verhalten dürfe. Man glaubt hier Bemühte dafür in Händen zu haben, daß England und Amerika ein Übereinkommen über die Teilung Chinas in zwei Interessensphären abgeschlossen hätten, wodurch die Interessen des Sowjetbundes in der Nordmandschurie berührt würden. Die aus Peking einlaufenden Nachrichten bestätigen das Vorhandensein eines solchen Übereinkommens.

Der Bürgerkrieg hat nach Mukden übergegriffen, ein Gebiet, das die Grenzen des Sowjetbundes stößt. Man erwartet, daß die Sowjetregierung in den nächsten Tagen mit einem Protest gegen die Politik der Großmächte im Fernen Osten hervortreten wird.

Shanghai, 9. September. PAT. Marschall Tsang-Tso-Lin hat der Pekinger Regierung und der Militärdiktatur des Generals Wu-Pei-Fu den Krieg erklärt.

Ein Grenzschutzkorps für die Ostmarken.

Warschau, 8. September. Die Regierung bereitet einen Gesetzentwurf über die Organisation eines Grenzschutzkorps vor. Dieses Korps wird dem Inneministerium unterstellt sein und auf dem Budget dieses Ministeriums figurieren. Aufgabe dieses Korps wird es sein, die östlichen Grenzen vor dem Banditenum und vor Spionage zu schützen.

Die Organisation des Korps wird streng militärisch sein. Der Korpskommandant wird mit weitgehenden Vollmachten ausgestattet und etatmäßig die Stellung eines Divisionsgenerals bekleiden. Ihm wird ein Generalstabschef beigegeben. Der Stab wird sich aus etwa 10 Generalstabsoffizieren zusammensetzen. Das Grenzschutzkorps wird aus 5 Brigaden bestehen, von denen jede in einer der fünf Ostwojewodschaften untergebracht wird. Die Brigade wird sich aus 3—4 Bataillonen Infanterie und 3—4 Schwadronen Kavallerie zusammensetzen. Die Formation des Korps wird im Oktober beginnen und wird im Verlauf eines Jahres in drei Phasen durchgeführt werden, und zwar zu je 10 Bataillonen und 10 Schwadronen in jeder Phase. Ende des Monats Oktober d. J. sollen schon drei Brigaden fertig aufgestellt sein, und zwar auf dem Wilnaer Gebiet in der Wojewodschaft Nowogrodek und in der Wojewodschaft Wolhynien. Das Korps wird ergänzt aus dem normalen Rekrutenkontingent. Der Rekrut, welcher zum Dienst beim Grenzschutzkorps bestimmt wird, wird sechs Monate lang bei speziellen Bataillonen resp. Schwadronen der regulären Armee ausgebildet. Alsdann wird er ins Korps versetzt.

Die Offiziere und Unteroffiziere der Reservearmee, die beim Grenzschutzkorps in Dienst treten wollen, können nur dann angenommen werden, wenn sie eine spezielle Schule durchgemacht haben. Der Dienst beim Grenzschutzkorps wird allen Militärpersonen als normaler militärischer Dienst angerechnet, mit dem Unterschied jedoch, daß der Dienst beim Grenzschutzkorps gewisse bessere Pensionsbedingungen gewährt, ferner, daß dieser Dienst es ermöglicht, kriegerische Auszeichnungen (Orden) zu erwerben. Um für das Korps Quartiere zu schaffen, werden mit Hilfe eines speziellen Kredits Grenzwachthäuser gebaut. Eine gewisse Anzahl solcher Wachhäuser sind bereits durch die Grenzpolizei gebaut worden. Der Gesetzentwurf soll Mitte des Monats Oktober im Sejm eingebracht werden.

Die Agrarreform in Polen.

Warschau, 8. September. Die Frage der Lösing des Bodenreformproblems beschäftigte in letzter Zeit sehr eingehend die "Wyzwolenie"-Partei, die ja zusammen mit der Piastenpartei den Wählern auf dem Landestag versprochen hat, für die Durchführung einer großzügigen Bodenreform Sorge zu tragen. Nachdem vor kurzem die Piasten diesbezügliche Versprechungen mit dem Minister für Bodenreform gehabt haben, wollten die Wyzwolenieleute hier nicht zurückstehen und entstanden deshalb zwei Delegierte, nämlich den Sejm-Biziermarschall Piontowski und den Abgeordneten Cwikowski, Sekretär des Klubs des Verbandes der Polnischen Volkspartei, zum Minister für Bodenreform, wobei sie die Aufmerksamkeit des Ministers auf die ungewöhnliche Bedeutung der ersten Rate der Zahlungen von Parzellenbesitzern lenken. Die Rate für die aus staatlichen Besitzungen und aus den Ländereien der Majorate gebildeten Parzellen betrage 80 bis 40 Prozent des Kaufpreises. Die Mehrzahl der Erwerber dieser Parzellen könne nicht so schnell zahlen und werde wohl deshalb die Besitzungen verlassen müssen.

Der Minister entgegnete darauf, daß er diese Angelegenheit nochmals eingehend prüfen wolle. Die Höhe der zu leistenden Zahlungen, wie auch der Zahlungstermin werde, dafür wolle er Sorge tragen, der Zahlungsfähigkeit der Parzellenbesitzer angepaßt werden. Auf die Frage der Delegierten, welche Pläne die Regierung bezüglich der Durchführung der Bodenreform in den Ostkreisen habe, erklärte der Minister, daß mit Hilfe der Landwirtschaftsbank der höchstmögliche Preis in den Grenzkreisen parzelliert werde. Dabei werde man in erster Linie die Bedürfnisse der dortigen einheimischen Bevölkerung berücksichtigen.

In der kürzlich in Warschau stattgefundenen Konferenz mit den Ost-Wojewoden wurden den Wojewoden vom Minister bereits diesbezügliche Direktiven gegeben. Wenn man, so wurde in der Konferenz betont, den Wehrkraften beim Erwerb von Parzellen Schwierigkeiten macht, so liege das keinesfalls in der Absicht der Regierung. Im Gegenteil, die Regierung hat ein großes Interesse daran, daß die Wünsche der einheimischen Bevölkerung in erster Linie Berücksichtigung finden. (Somit wäre es auch Pflicht der Regierung, den kleinen Selbstherrschern in den Ostgebieten das Handwerk zu legen. — Die Schriftleitung.)

Heimkehrerlanbnis der Ausgewiesenen.

Bis auf sechs . . .

Nach einer Meldung des "Temps" hat in Durchführung des Londoner Paktes der Oberkommandierende in Düsseldorf die Entscheidung getroffen, daß alle aus dem Ruhrgebiet und aus dem Brüderkopf von Düsseldorf ausgewiesenen Personen das Recht haben, zurückzukommen. Ausgenommen sind sechs Personen, deren Rückkehr "im Interesse der allgemeinen Sicherheit unerwünscht" ist. Diese sechs Personen sind: der Regierungspräsident von Düsseldorf Grünher, Landrat Schone (Essen-Land), Polizeipräsident Niedermeyer (Elsen), Oberbürgermeister Hamm (Recklinghausen), Poli-

zeiinspektor Reichsrat (Herne) und Polizeikommissar Vorath (Wanne). Werner hat der Oberkommandierende eine Anweisung erlassen, daß im Ruhrgebiet gemäß § 7 des Anhangs 3 des Londoner Paktes alle schwedenden Ausweisungen verfahren eingesetzt und die noch nicht verbüßten Strafen im Gnadenwege erlassen werden. Eine amtliche Bestätigung dieser Meldungen liegt in Berlin noch nicht vor.

Danzig und Gdingen.

Der Hafenarbeiterstreik in Danzig scheint allem Anschein nach noch eine recht lange Dauer vor sich zu haben und von seiner Beendigung ist vorläufig keine Rede. — Die Reedereibesitzer wollen von keinen Zugeständnissen für die Postulate der Hafenarbeiter hören und die Danziger Behörden scheinen nicht die Absicht zu haben, durch irgendwelche Intervention dem wirtschaftlich so schädlichen Zustand ein Ende zu bereiten. Tatsächlich befürchtet der Danziger Hafen durch die Entwicklung der anderen baltischen Häfen eine immer fühlbarer werdende Konkurrenz, der er zu begegnen nicht imstande ist. Infolgedessen wird die bisherige Methode der verteuerten Gebühren und Hafengelder nicht beibehalten werden können, wenn Danzig standhalten will. Statt die ungeheuer verteuerten Gebühren und Kosten zu verringern, wollen die Reedereibesitzer sich an den Arbeitslöhnen schadlos halten und diese so herunterdrücken, daß sie unter Beibehaltung ihrer bisherigen Gewinne den anderen Häfen Konkurrenz machen könnten.

Infolge des Streiks im Danziger Hafen ist dort der Schiffsvorleger sehr gesunken, während der Verkehr im Gdingener Hafen zugenommen hat. Dort werden die Ladungen eingenommen und gegenwärtig ca. 25 000 Tonnen Holz auf ein französisches Schiff verladen. Zum erstenmal ist auch in Gdingen ein deutsches Schiff eingelaufen, der "Theodor".

Der Katholikentag in Katowitz.

Am Sonntag, dem zweiten Tage des schlesischen Katholikentages, begann um 9½ Uhr vormittags an der Marienkirche eine Prozession, die nach der Peter-Pauls-Kirche zog. An der Prozession nahmen Tausende von Gläubigen, Berufssorganisationen, religiöse, kulturelle und wissenschaftliche Körperschaften, Pfadfinder, Scouting usw. teil. Die Prozession repräsentierte alle Stände und Berufe.

Nachmittags um 3½ Uhr fand im Saale des Stadttheaters die zweite Plenarsitzung des Kongresses statt, in welcher eine ganze Reihe Referate gehalten wurde. Auf dieser Versammlung wurde beschlossen, an den Papst sowie an den Herrn Staatspräsidenten der Republik Polen Telegramme zu senden. Während der Sitzung erschien im Konferenzsaal die deutsche Delegation eines Kongresses, der gleichzeitig im Saale der Außständischen unter Vorsitz des Präses des deutschen Klubs im Oberschlesischen Sejm, Herrn Reichenstein, tagte. Nach Begrüßung der deutschen Delegation durch den Vorsitzenden des Kongresses hielt Reichs-Administrator Glond an die Versammlten eine Rede, in der er seine Freude über den glücklichen Verlauf des Kongresses ausdrückte.

Gleichzeitig fand unter freiem Himmel eine große Versammlung von Katholiken statt. An die Versammlten riefen Propst Kapica, als zweiter Redner Geistlicher leidenschaftlicher Administrator Glond und zum Schluß des Kongresses Karol Dalbor aus Posen sowie der Vertreter des päpstlichen Kurials, der Metropolit Erzbischof Ropp Ansprachen. Zumal Dalbor erteilte der verfammelten Menge den Segen, nach welchem Administrator Glond in seiner Rede auf die, daß der Heilige Vater Pius XI. seinerseits als Kuntius in Schlesien war und die hiesigen Hütten und Gruben besuchte. Administrator Glond endete seine Rede mit dem Ruf: "Seine Heiligkeit, unser großer Papst Pius XI., er lebe!" Die Versammlung wurde mit dem Ruf: "Glory to God in the Highest" abgeschlossen.

Abends erschien aus Lemberg der Erzbischof Josef Leodorowicz, der am Bahnhof in feierlicher Weise begrüßt wurde.

Kattowitz, 8. September. PAT. Heute, am dritten Tage der katholischen Tagung, waren sich vormittags die Versammlungen der Sektionen hin. Um 3 Uhr nachmittags begannen jedoch die Massen der Teilnehmer zur Plenarsitzung des Kongresses zu eilen, die im Theater stattfand.

Die Sitzung wurde durch Verlesung verschiedener Telegramme und Glückwunschkarten eröffnet. Danach folgten die Referate. Der Reihe nach legten die Vorsitzenden aller Sektionen eine Menge Resolutionen vor, die einstimmig angenommen wurden.

In diesen Resolutionen strebt die Tagung den schnellen Abschluß eines Kongordats mit der apostolischen Hauptstadt an und unmittelbare Gründung einer Diözese, die gleichzeitig das Teichener Schlesien umfaßt soll. Zuletzt fasste der Vorsitzende des Kongresses Dr. Stark den ganzen Verlauf des Kongresses und die Resultate der Tagung in einer Rede zusammen, dankte den Priestern sowie allen Beteiligten für die rege Teilnahme und wandte sich mit einer kurzen Dankansprache speziell an das schlesische Volk.

Republik Polen.

Eine neue Mehrheit im Sejm?

Warschau, 9. September. Wie polnische Blätter aus "glaubwürdiger Quelle" erfahren, werden in gewissen politischen Kreisen ernste Schritte unternommen, die zu einem neuen politischen Abkommen führen sollen, das die Bildung einer sogenannten polnischen Mehrheit zum Zwecke hat. Diese Anstrengungen bezwecken ferner die Rückkehr der Nationaldemokratie und der Piasten in die Regierung. Die in dieser Kombination engagierten Parteien sind der Meinung, daß diese Verhandlungen sich auf dem besten Wege befinden.

Der Dank an Herrn Pradzyński.

Wien, 9. September. PAT. Der Außenminister Pradzyński richtete aus Anlaß der Unterzeichnung der polnisch-deutschen Konvention in Wien an den Vorsitzenden der polnischen Delegation Pradzyński ein Telegramm, in dem er ihm im Namen der polnischen Regierung dafür Dank sagt, daß er die langwierigen Verhandlungen mit einem günstigen Ergebnis zum Abschluß gebracht habe.

Der Krakauer Prozeß in zweiter Auflage.

Krakau, 9. September. Der Krakauer Prozeß über die bekannten Novembervorfälle soll, wie gemeldet wird, erneut aufgerollt werden. Der Prokurator hat bereits dem Bezirksgericht den Antrag auf Kassierung des Urteils unterbreitet, und sobald der Revisionsantrag sämtlichen Angellagten zugestellt wird, wird das Urteil dem obersten Gericht zur erneuten Verhandlung und Entscheidung vorgelegt werden.

WARUM nehmen die Hausfrauen zum aller Art am liebsten Dr. Oetker's Backpulver

Backin?

Weil das Bäckerei mit einfach, schnell u. sicher ist, und der Kuchen stets gelingt!

Als Nachspeise:
Ein Oetker Pudding aus Dr. Oetker's PUDDINGPULVER

Als Gemüse für Kuchen, Torten, Suppen, Saucen, Süßspeisen: Dr. Oetker's VANILLINZUCKER



KAFFEE HAG
DER COFFEINFREIE BOHNENKAFFEE
WIEDER ERHÄLTLICH
STETS FRISCH GERÖSTET IN ALLEN EINSCHLÄGIGEN GESCHÄFTEN
KAFFEE HAG, G. m. b. H., DANZIG, STADTGRABEN Nr. 19.

Brennholz - Versteigerung Ostromecto.

Am Sonnabend, den 20. September, vorm. von 11 Uhr an kommen im Bahnhofs-Restaurant Stoeckmann-Ostromecto aus den Revieren Iskaz und Sjedeborn

Brennholz so weit der Vorrat reicht zur öffentlichen Versteigerung gegen sofortige Barzahlung und zwar:

Brennscheite, Brennküppel, Brennreisig, Stubben, Stangenhaufen und Derbstangen.

Das Holz kann vorher besichtigt werden. Die Oberförsterei übernimmt keine Gewähr für Menge und Beschaffenheit und behält sich ausdrücklich das Recht vor, den Termin zu beliebiger Zeit zu ändern.

Verkaufsbedingungen werden vor dem Termin bekanntgegeben.

Gräßliche Obersförsterei. Der Obersforster.

Achtung! Achtung!
Arbeitende Bevölkerung.
Filzhütte v. zl 4,- an Herren-
Soden 0.50 Hemd. v. zl 2.80 an
Mützen 1.95 Mufftuch-
Arb. Blus. 3.50 hmd. m. Einl. 4.25
Damen- Arbeitsholz 3.25
Strümpfe 0.80 Wollene
Kravatten 0.90 Dammentücher 2.50
Strohsäde von zl 3.75 an. 2007
Alle and. Artikel zu stounend bill. Preiss.
,Magazyn Nowości'
Dluga (Friedrichstr.) 33.

Salonbriketts



Industrie-Briketts:



Hütten- u. Gießerei-Koks
Rauchkammerlösche
Steinkohlen
Holzkohlen
Portland-Zement
Kalk.

Großvertrieb u. Generalvertretungen
Maasberg i Stange
Bydgoszcz, Pomorska 5
Tel.-Adr.: Masta 19375 Tel. 900.

August Florek

Leder-Handlung
ul. Jezuicka 14 Telefon 1830
empfiehlt als Spezialität
Pa. Möbelleder
Kunstmöbelleder
Sprungfedern (Gleiwitzer)
und sämtl. Polstermaterial.

Hühneraugen
beseitigt
RADIKOL
schmerzos ohne Messer, sicher u. schnell,
daher ärztlich empfohlen u. millionenfach
bewährt. In Apothek. u. Drogerien erhältlich.

Unterrichts-Kurse
in all. Handarbeiten
wieder eröffnet.
Anmeldungen
Sinfonie 4. 20525
D. deutsche Frauenbund.

Gründlichen 20496
Musikunterricht
(Klavier und Gesang),
mit langjähr. Erf. ert.
Helene Ménard,
Jana Kazmierza 5, II.

Dreschmaschinen-Riemen

aus Leder oder Kamelhaar
ohne sichtbare Verbindungsstelle endlos gearbeitet
Maschinöl, Zylinderöl, Wagenfett
empfehlen

Ferd. Ziegler & Co.,
Dworcowa 95.

Fabrikklager
in Buchbinder- und technischer
Pappfabriken „KLEPACZKA“ und „NATALIN“ in Poral.
Für Pommerellen
F. ZAŁACHOWSKI, Bydgoszcz, Zduny 11.
Repräsentation und Hauptfabrikklager:
JÓZEF ZAŁACHOWSKI, Poznań
ul. Rzeczypospolita 4. Tel. 2513. Telegr.-Adr.: Joz-a-Poznań.
Graue, weiße, braune, bunte Pappen Pack-, Druck-, Schreib-, Karton- Papier
Buch- u. Steindruckfarben Repräsentant der Fabrik „Pigment“ Bronzen
Verkauf zu Fabrikpreisen. — Lieferung umgehend.

Berlauf von Riesen-Schnittmaterial

Wintereinschnitt 1923/24
ca. 50 cbm astreine Seiten u. Enden 20 u. 23 mm
" 120 " Zopf 20 u. 23 "
" 100 " Schalung 20 u. 23 "
" 50 " Stamm u. Mitte wenig angeblaut 28 "
" 15 " Waggonböden, 2,80 m lg. 52 x 230 "
zur sofortigen Lieferung frei Waggon.
Besichtigung jederzeit möglich.

Offerten sind umgehend der Forstverwaltung Sartowiz, pow. Swietcie, Pomorze, einzureichen.

Jetzt beste
Blanzzeit
für
Erdbeeren,
pern.

Standen gewählt.
Allergrößte Auswahl
in meiner Gärtnerei
Sw. Trójcy 15.
Jul. Rok. Herrn 48.
Habe mich in Osieki als
Glaser

niedergelassen. Neu-
anfertig. u. Reparatur-
werkstatt. Josef Müller, Osieki.

Das billigste Brot
d. größten Senneln
Schweizerhof Sp. z. o. o.

Otto Bender,
Jezuicka 17 Bydgoszcz Jezuicka 17
gegründet 1891.

Schuhwaren

solide Fabrikate f. Herren, Damen u. Kinder.
Filzschuhe u. Pantoffeln, Einlegesohlen.
Makafertigung und Reparaturwerkstatt.

Original Wangenheim-Roggen
von Petrus abtammend, meiner Ansicht
nach die winterfesteste u. lohnendste Sorte
für hiesige Verhältnisse, gibt zur Saat ab mit
80% über polnischer Höchstnotiz.

Stockmann,
Maienthal (Olziewka), Post Przewalkowo,
pow. Sępólno.

Rechtshilfe :: Reklamationen
und alle Gewebe billig durch
Informator, Bydgoszcz, Gdańsk 130.
Vereideter Dolmetscher.

Neue Firma in Pommerellen sucht
Verbindung mit Großhändlern
bezw. Fabrikanten für Schuhwaren.

Offerten unter Nr. 20618 an die Hauptver-
triebsstelle Arnold Kriede, Graudenz.

Außerordentliche Versammlung
sämtl. Bäckereihabер in Bydgoszcz
am Donnerstag, den 11. d. Mts.,
nachmittags um 3½ Uhr, im Hotel Adler.
(-) Burzynski, Obermeister.

Fischmarkt
Mittwoch u. Sonnab.
Elisabethmarkt
Montag u. Donnerstag
die in beliebter Güte
Rechtshilfe f. Vertrauen
Herrn Dr. von Behrens,
Promenada 3 (3-7 tägl.) entgegen-
bringen zu wollen.

Steuer! Pässe! Eingaben!
Kreisegkr. a. D. K. DROESE hat
Bromberg verlassen und bittet alle
seine geehrten Kunden in Sachen der
Rechtshilfe ihr volles
Vertrauen
Herrn Dr. von Behrens,
Promenada 3 (3-7 tägl.) entgegen-
bringen zu wollen.

ROSSI
Städte nur 11 Gr., schod-
weise billiger
empfiehlt 10807
Josie Beyer.

Großes Tanzvergnügen

findet am Sonntag, den 14. d. Mts.,
nachm. 5 Uhr in Łukowice statt, zu
welchem freundlichst einladet:

Der Wirt.

Heute! Heute!
Donnerstag, den 11. September 1924
im

Hotel International
Dworcowa 33 Telefon 1626

Gr. Schweineschlachten
Künstlerkonzert.
Es lädt ergebnist ein Sowinski, Wirt.

Großes Wohltätigkeitsfest

veranstaltet vom
Deutschen Frauenverein

Mittwoch, den 10. September
nachmittags 4 Uhr bei Pafer.

Gartenkonzert, Kinderbelustigung,
Feuerwerk, Vorträge und Tanz.

Bei ungünstiger Witterung im Saale.
Eintrittskarten 1 zl. Kinder bis zu 10 Uhr, die Hälfte.
Eintrittskarten nur an der Kasse.
Geldspenden an Ir. Heniel, Pomorska 3, I.

Lebensmittel am Mittwoch, den 10. Sept., von
morgens 9 Uhr ab bei Pafer erbeten.

20565 Der Vorstand

des Deutschen Frauenvereins.

J. A. Frau Sanitätsrat Dr. Diez.

Letnisko Brzoza

Jeden Donnerstag
Militär-Freikonzert

Abends Reunion

Jeden Sonn- u. Feiertag

Militär-Freikonzert
Anfang 3 Uhr.

Wagen auf dem Bahnhof Brzoza.

Absatz der Züge:

ab Bydgoszcz	ab Brzoza
4.45	7.12*
8.05	10.32
9.50*	11.45*
10.50**	13.45
14.10	18.48
19.30	20.45
20.00*	0.40

* Nur Wochentags.

** Nur Sonn- und Feiertags.

Elysium Adolf Braune

Restaurant ul. Gdańsk 134
Jeden Donnerstag und Sonnabend
von 8-1 Uhr nachts

Dancing.

Täglich Freikonzert.